



AfD - Alternative für Deutschland
Kreisverband Neumünster

AfD Kreisverband Neumünster

Frau Stadtpräsidentin
Anna-Katharina Schättinger
Neues Rathaus
Großflecken 59
24536 Neumünster

Postanschrift:
Postfach 1108
24501 Neumünster

Es schreibt Ihnen:

Carsten Ortfeld

www.afd-sh.de

Neumünster, 24.02.2024

Anfrage SHZ-Bericht online unter der Überschrift: Kreisfreie Städte in SH warnen vor Handlungsfähigkeit“

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

bitte leiten Sie umgehend folgende Anfrage zur Beantwortung an den Oberbürgermeister weiter.

Laut einem Bericht auf der Onlinepräsenz der SHZ, abrufbar unter folgendem Link:

<https://www.shz.de/deutschland-welt/schleswig-holstein/artikel/kreisfreie-staedte-in-sh-warnen-vor-handlungsunfaehigkeit-46523013> wird von einem Treffen der kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins bei dem es um die drohende Handlungsunfähigkeit der Städte gegenüber ihren Bürgern ging. Hieraus ergeben sich folgende Fragen, um deren Beantwortung ich bitte:

1. Laut Bericht der SHZ hat unsere Stadtpräsidentin zusammen mit den Oberbürgermeistern von Kiel, Flensburg und Lübeck zu diesem Treffen eingeladen. Warum hat von der Stadt Neumünster der Oberbürgermeister als „Chef“ der Stadtverwaltung an diesem Treffen nicht teilgenommen?
2. Wurde der Oberbürgermeister zu dieser Veranstaltung eingeladen?
3. Ist die Stadtpräsidentin, als Repräsentantin der Ratsversammlung und somit der Selbstverwaltung, berechtigt, die Stadt Neumünster bei einem Treffen, das als Hauptthema die Finanzen der kreisfreien Städte und somit eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltung hat, im Namen der Verwaltung zu sprechen oder geht diese Aufgabenwahrnehmung vielmehr über das Repräsentieren der Ratsversammlung als gewähltes Gremium der Stadt hinaus?
4. Warum hat scheinbar von Seiten der Verwaltung der Stadt Neumünster niemand an diesem wichtigen Treffen teilgenommen, wenn der Oberbürgermeister aus wichtigen Gründen verhindert gewesen sein sollte, warum hat Stadtrat Knapp als Leiter des Dezernats II, somit zuständig für Haushalt und Finanzen, oder der Fachdienstleiter Haushalt und Finanzen an diesem Treffen nicht als Vertreter teilgenommen und sich dort im Namen der Stadt geäußert?
5. Teilt der Oberbürgermeister die im Bericht der SHZ dem Oberbürgermeister Kiels Herrn Kämpfer zugeordnete Aussage, „wer bestellt, der zahlt“ im Hinblick auf die Kostenübernahme des von Bund und Ländern beschlossenen Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen?

6. „Wir werden den gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung an Schulen nicht im Ansatz erfüllen können“ sagt Herr Geyer als Oberbürgermeister der Stadt Flensburg. Wie sieht hierzu die Einschätzung der Stadt Neumünster aus, wenn diese Aussage inhaltlich geteilt wird, welche Maßnahmen sind bereits angelaufen, um diese gesetzliche Anforderung erfüllen zu können?
7. Der Oberbürgermeister von Lübeck Jan Lindenau wird mit den Worten „Wir müssen auch noch mal über die Frage von Elternbeiträgen reden“ im Zusammenhang der gesetzlichen Anforderungen an Kitas zitiert, wird diese Auffassung seitens der Stadtverwaltung geteilt und sind hier in nächster Zeit Erhöhungen der Kitagebühren für die Eltern in Neumünster zu erwarten?

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen



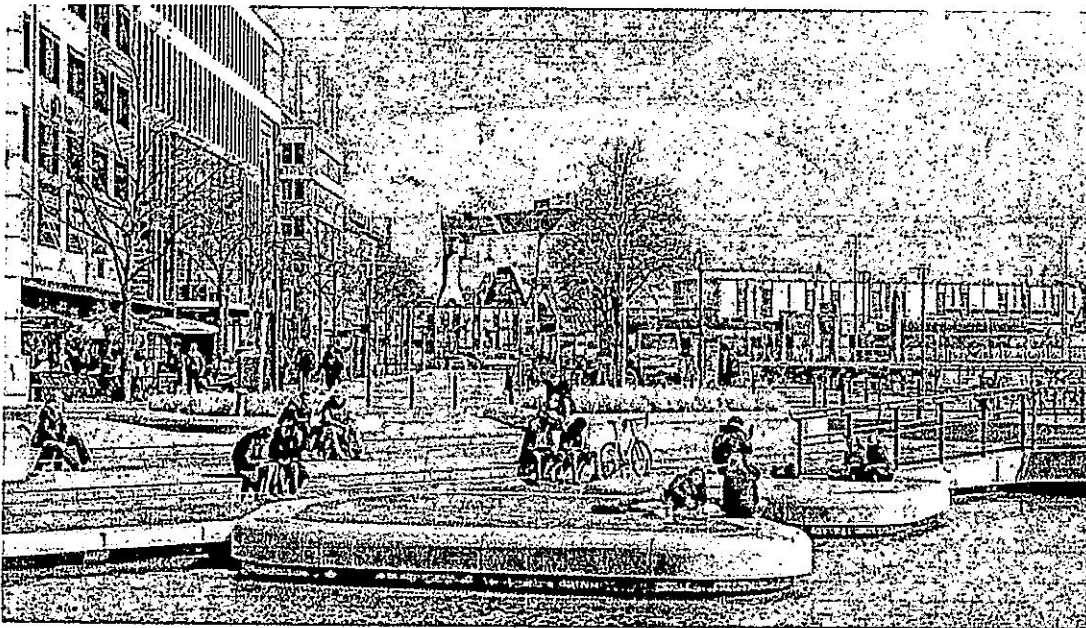
Im Namen der AfD Ratsfraktion
Carsten Ortfeld
stv. Fraktionsvorsitzender
AfD-Ratsfraktion Neumünster

Startseite > Deutschland & Welt > Schleswig-Holstein

Plus Alarm an Land und Bund

Kreisfreie Städte in SH warnen vor Handlungsunfähigkeit

Von Frank Jung | 23.02.2024, 18:50 Uhr



Auch die Landeshauptstadt Kiel, hier eine Aufnahme vom Bootshafen in der Innenstadt, fühlt sich von Land und Bund alleine gelassen.

ARCHIVFOTO: PENOFOTO/IMAGO-IMAGES

Flensburg, Neumünster, Kiel und Lübeck sorgen sich vor einem Staatsversagen bei alltäglichen Aufgaben gegenüber den Bürgern: In Sachen Geld und Personal sehen sich die vier kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein von Land und Bund allein gelassen.

Die Stadtpräsidentin von Neumünster fasst die Lage so zusammen: „Es ist der Punkt erreicht, wo wir sagen: Wir stemmen es nicht mehr“, sagt Anna-Katharina Schättiger. Flensburgs Oberbürgermeister Fabian Geyer denkt noch einen Tick weiter und prophezeit: „Der Notfall ist schon absehbar. Wir werden bestimmte gesetzliche Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Und dabei geht es nicht um irgendwelchen Luxus, sondern um Kernbereiche staatlicher Tätigkeit.“

Panik vor dem nächsten Landeshaushalt

Die beiden Stadt-Repräsentanten von CDU und aus CDU-nahen Kreisen haben gemeinsam mit dem Kieler Oberbürgermeister Ulf Kämpfer und dem Lübecker Bürgermeister Jan Lindenau (beide SPD) zu einem Hilferuf eingeladen. Im Haus des Städteverbands in Kiel bringen die vier bei einem Pressegespräch unisono eine Botschaft rüber: Die kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins sehen ihre Handlungsfähigkeit gegenüber den Bürgern massiv gefährdet.

LESEN SIE AUCH

Landtag
Jahrestag des Ukraine-Krieges: Herbst ruft zum Handeln auf



Finanznot und Staatsversagen

**Deshalb ist es höchste Zeit für den Hilferuf der
kreisfreien Städte in SH**



Durch die vom Land erwarteten Steuermindereinnahmen sinken allein die Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich um rund 275 Millionen Euro. Weitere Einschnitte zu seinen Lasten befürchtet das Städte-Quartett bei der Verabschiedung des Landeshaushalts in wenigen Wochen. Eine Nachschiebeliste des Finanzministeriums signalisiert ein massives Abspecken gegenüber ursprünglichen Plänen.

”

„Es gibt einen Vertrauensverlust gegenüber dem Land.“

Ulf Kämpfer
Kieler Oberbürgermeister

„Das Land versucht, sich zu stabilisieren, indem wir Kommunen weiter absinken“, resümiert Kämpfer. Als nur ein Beispiel nennt er den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen. Ihre finanzielle Unterstützung von Städten und Gemeinden bei dieser Aufgabe will die schwarz-grüne Landesregierung nun plötzlich deckeln – nachdem man ursprünglich in Verhandlungen genau entgegengesetzt

verblieben war. Kämpfer spricht von einem „Vertrauensverlust gegenüber den Land“.

”

„Wir werden den gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung an Schulen nicht im Ansatz erfüllen können.“

Fabian Geyer
Flensburger Oberbürgermeister

Ob der Ausbau von Räumen oder erhöhter Personalbedarf: „Wir werden den gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung an Schulen nicht im Ansatz erfüllen können“, sagt Geyer. Als weitere Aufgaben, die bei den Städten absehbar auf der Strecke bleiben könnten, nennen er und seine Kollegen die vom Land erhöhten Kita-Standards, die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, das Einlösen der Klimaziele oder den vom Bund beschleunigten Anspruch auf Einbürgerung von Ausländern. Geyer geht schon das Wort von „Ungehorsam gegenüber dem Land“ ber die Zunge.

”

„Wir müssen auch noch mal über die Frage von Elternbeiträgen reden.“

Jan Lindenau
Lbeker Bürgermeister

„Wenn kein Geld mehr da ist, muss das Land die gesetzlichen Anforderungen an die Kitas wieder reduzieren“, wünscht sich Lindenau. „Wir müssen auch noch mal über die Frage von Elternbeiträgen reden“, sagt der Lübecker. Das Thema lasse sich nicht wie vom Land gewollt unabhängig von der Höhe des Elterneinkommens regeln.

Frust über Bürokratie in Kiel

Sprechbedarf hat Lindenau auch sehr dringend „über weniger Bürokratie zwischen Landesebene und kommunaler Ebene“. Er habe entschieden: Gewisse Anträge auf Zuschüsse aus Fonds des Landes stellen seine Mitarbeiter gar nicht erst, weil das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag nicht mehr tragbar sei: „Monatelang gibt es da ein Hin und Her um Kleinstbeträge.“ Das koste die Mitarbeiter zu viel Zeit für relevante Aufgaben.

Klage vor Verfassungsgericht möglich

Um bei dem von Bund und Ländern beschlossenen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen nicht mit leeren Händen dazustehen, spekuliert Kämpfer bereits offen mit einer Klage vor dem Landesverfassungsgericht. So will er im Fall des Falles durchsetzen, dass auch bei diesem gesetzlichen Leistungsversprechen an den Bürger das Prinzip gilt: Wer bestellt, der zahlt. Eigentlich ergebe sich das schon aus der Verfassung.

Der Ministerpräsident wird vermisst

Besser als einen Rechtsstreit fänden der Kieler OB und seine drei Kollegen, wenn sich die Landesregierung zu einer grundsätzlichen Klärung von Finanzierungsfragen mit den Kommunen an einen Tisch setzen würde. Die Zeit sei reif für einen „Schleswig-Holstein-Pakt“, findet der Chef der Landeshauptstadt. „Doch dazu müsste bitte mal der Kapitän auf die Brücke“ sagt er mit Fingerzeig auf Ministerpräsident Daniel Günther (CDU). Der habe sich bisher Gesprächsbitten verweigert. Die Kommunen würden stets von unteren Chargen abgespeist und bekämen dort keine klaren Aussagen.

99

„Wir müssen gegenüber den Bürgern aussagefähig sein – sonst gehen sie zu den politischen Rändern.“

Anna-Katharina Schättiger
Neumünsteraner Stadtpräsidentin

Dass die Städte öffentliche Aufgaben für die Bevölkerung zu organisieren vermögen, hält Schättiger auch für das Zutrauen in die Demokratie für bedeutend: „Wir müssen gegenüber den Bürgern aussagefähig sein – sonst gehen sie zu den politischen Rändern.“



Stadt
Neumünster



Der Oberbürgermeister

24516 Stadt Neumünster Oberbürgermeister

Neues Rathaus Großflecken 59 24534 Neumünster

Ratsherr
Carsten Ortfeld
Postfach 1108
24501 Neumünster

Oberbürgermeister
Tobias Bergmann

E-Mail oberbuergemeister@neumuenster.de
Telefon 04321 942 23 25
Zimmer 2.9 Neues Rathaus 2. Etage / Südflügel

Neumünster, den 11.3.24

Ihre Anfrage vom 24.02.2024 zum SHZ-Bericht: Kreisfreie Städte in SH warnen vor Handlungsunfähigkeit

Sehr geehrter Herr Ortfeld,

Ihre Anfrage beantworten wir wie folgt:

- 1. Laut Bericht der SHZ hat unsere Stadtpräsidentin zusammen mit den Oberbürgermeistern von Kiel, Flensburg und Lübeck zu diesem Treffen eingeladen. Warum hat von der Stadt Neumünster der Oberbürgermeister als „Chef“ der Stadtverwaltung an diesem Treffen nicht teilgenommen?**

Antwort:

An dem Treffen hat die Stadtpräsidentin als Vorsitzende des Städtetages Schleswig-Holstein teilgenommen.

- 2. Wurde der Oberbürgermeister zu dieser Veranstaltung eingeladen?**

Antwort:

Nein. Es nahmen die Vorsitzenden der vier kreisfreien Städte teil – die Stadtpräsidentin in ihrer Funktion als Vorsitzende des Städtetages wie oben beschrieben.

- 3. Ist die Stadtpräsidentin, als Repräsentantin der Ratsversammlung und somit der Selbstverwaltung, berechtigt, die Stadt Neumünster bei einem Treffen, das als Hauptthema die Finanzen der kreisfreien Städte und somit eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltung hat, im Namen der Verwaltung zu sprechen oder geht diese Aufgabenwahrnehmung vielmehr über das Repräsentieren der Ratsversammlung als gewähltes Gremium der Stadt hinaus?**

Antwort:

Die Stadtpräsidentin ist in ihrer Funktion als Vorsitzende des Städtetages dazu berechtigt.

- 4. Warum hat scheinbar von Seiten der Verwaltung der Stadt Neumünster niemand an diesem wichtigen Treffen teilgenommen, wenn der Oberbürgermeister aus wichtigen Gründen verhindert gewesen sein sollte, warum hat Stadtrat Knapp als Leiter des Dezernats II, somit zuständig für Haushalt und Finanzen, oder der Fachdienstleiter Haushalt und Finanzen an diesem Treffen nicht als Vertreter teilgenommen und sich dort im Namen der Stadt geäußert?**

Antwort:

Vor dem Pressegespräch hat am 16. Februar 2024 eine Vorstandssitzung des Städtetags stattgefunden, an der seitens der Stadtverwaltung Herr Michael Knapp als Vertreter des verhinderten Oberbürgermeisters teilgenommen hat. In dieser Sitzung hat sich der Erste Stadtrat zu den anstehenden Themen geäußert.

- 5. Teilt der Oberbürgermeister die im Bericht der SHZ dem Oberbürgermeister Kiels Herrn Kämpfer zugeordnete Aussage, „wer bestellt, der zahlt“ im Hinblick auf die Kostenübernahme des von Bund und Ländern beschlossenen Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen?**

Antwort:

Ja.

- 6. „Wir werden den gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung an Schulen nicht im Ansatz erfüllen können“ sagt Herr Geyer als Oberbürgermeister der Stadt Flensburg. Wie sieht hierzu die Einschätzung der Stadt Neumünster aus, wenn diese Aussage inhaltlich geteilt wird, welche Maßnahmen sind bereits angelaufen, um diese gesetzliche Anforderung erfüllen zu können?**

Antwort:

Der Prozess zur Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung ist durch die Verwaltung gestartet. Die Verwaltung erarbeitet derzeit gemeinsam mit den Schulen die Raumbedarfe.

Eine umfassende Beurteilung und Einschätzung des Projektverlaufs ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich, da der Erfolg maßgeblich von der finanziellen Unterstützung sowie den festgelegten Rahmenbedingungen seitens des Landes Schleswig-Holstein abhängt. Eine Förderrichtlinie besteht derzeit nur im Entwurf, ein Rahmenkonzept liegt noch nicht vor. Eine Veröffentlichung wird Ende dieses Jahres erwartet.

- 7. Der Oberbürgermeister von Lübeck Jan Lindenau wird mit den Worten „Wir müssen auch noch mal über die Frage von Elternbeiträgen reden“ im Zusammenhang der gesetzlichen Anforderungen an Kitas zitiert, wird diese Auffassung seitens der Stadtverwaltung geteilt und sind hier in nächster Zeit Erhöhungen der Kitagebühren für die Eltern in Neumünster zu erwarten?**

Antwort:

Derzeit wird das KitaG evaluiert. In diesem Dialog betrachtet das Land mit den Kreisen, Kommunen und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege sowie den Vertreter*innen der Kindertagespflege auch die Auskömmlichkeit der im Gesetz hinterlegten Standardqualität. In dieser werden sowohl die Kosten für das pädagogische Personal, als auch für die Sachkosten bereitgestellt. Sollte ein Ergebnis sein, dass die bislang zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel für die Standardqualität nicht ausreichend sind, so ist vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage im Land nicht ausgeschlossen, dass auch die Wohngemeinden und Eltern an der Finanzierung beteiligt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Tobias Bergmann
Oberbürgermeister